

Das Jahr 2009 in der Wirtschaft Die Rückkehr des Staates

VON ROBERT VON HEUSINGER



Der große Gewinner des Jahres ist der Staat. Er ist in der wirtschaftspolitischen Debatte rehabilitiert. Denn eines ist allen Volkswirten klar, von den wenigen Radikalen abgesehen: Ohne die massiven Konjunkturpakete in China, den USA, Japan aber auch Deutschland, hätte sich die Wirtschaft nicht so rasch gefangen, wäre der Einbruch noch stärker gewesen. Dabei handelt es sich auch so schon um das schlimmste Jahr seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die globale Wirtschaftsleistung schrumpfte laut Internationalem Währungsfonds erstmals – und zwar um gut ein Prozent.

Im Bankenrisenjahr 2008 mussten die liberalen Ökonomen zähneknirschend zugeben, dass es mit der Effizienz freier Kapitalmärkte nicht weit her ist, ja, dass die Krise vor allem auf die Deregulierung der Kapitalmärkte zurückgeht. Das Scheitern der Neoliberalen brachte die Ordoliberalen zurück ins Spiel: Der Staat muss den Rahmen für die Märkte vorgeben und etwa die Banken stärker regulieren. Da war der Staat zwar schon zurück, jedoch zunächst nur als Rahmensetzer.

2009 nun musste der Staat ran, die Scherben aufkehren, die der ungezügelte Finanzkapitalismus hinterlassen hat. Er musste eingreifen, wie es John Maynard Keynes, der größte Ökonom des 20. Jahrhunderts, in den 30er Jahren begründet hatte. Der Erfolg der Konjunkturprogramme, die teils klassisch auf Investitionen in Infrastruktur setzten wie in China oder ganz trickreich auf zeitlich begrenzte staatliche Prämien wie beim Kauf neuer Autos, zeigt: Der Staat kann es.

Das wussten die Volkswirte, die ihren Keynes studiert hatten, bis in die 70er Jahre. Doch dann kam auf einmal in der Wissenschaft die Theorie der rationalen Erwartungen auf, die darlegte, warum jeglicher Staatseingriff zum Scheitern verurteilt sei: Weil die Menschen rational seien und die Kosten des Eingriffes antizipierend diesen verpuffen lassen würden. Dieser Glaube hat sich endlich als kompletter Irrglaube entpuppt.

Natürlich kann der Staat nicht die Gesetze der Ökonomie außer Kraft setzen. Darum geht es auch nicht. Es ging 2009 um die temporäre Stabilisierung der Nachfrage, in der begründeten Hoffnung, dass sich Finanzmärkte und Gemütszustand der Investoren und Unternehmer mit der Zeit aufhellen. Dabei hat sich vor allem die Abwrackprämie als ziemlich effizientes Instrument erwiesen: Sie wirkte rasch und setzte genau an dem Industriesektor an, dem es am schlechtesten ging. Zudem führte die Abwrackprämie dazu, dass die Menschen in der Krise an ihr Ersparnis gingen und damit konjunkturell genau das Richtige taten. Mindestens genauso erfolgreich war der deutsche Staat mit der Kurzarbeiterregel. Sie wird international beneidet, besungen und analysiert.

Bei den Firmen-Rettungen, bei Opel und der Hypo Real Estate (HRE) griff der Staat sogar auf Mikro-Ebene in die Wirtschaft ein. Hier ist zu bemängeln, dass er nicht rasch und mutig genug gehandelt hat. Das wäre für die Bürger günstiger geworden und für den Staat einfacher. Auf jeden Fall hat 2009 gezeigt, dass es besser und billiger ist, wenn der Staat rechtzeitig eingreift. So lassen sich schlimme Folgekosten etwa für Arbeitslosigkeit oder das Verschwinden ganzer Industriezweige verhindern. Das beweist auch ein Blick auf die Neuverschuldung des Jahres: Sie ist deutlich weniger stark gestiegen als alle Analysten angesichts der teuren Konjunkturprogramme erwartet hatten. Auch hier sticht Deutschland positiv heraus.

Spezial: Konjunktur (hilfen)



Regierungen zahlen plötzlich Milliarden für Konjunktur und schwache Unternehmen - Keynes' später Sieg. **Spezial: Staatshilfen.**

 Fotostrecke: **Platzmann karikiert die große Krise**

Kurzum: Der Staat hat sich, zumal in Deutschland unter Schwarz-Rot, sehr tapfer geschlagen – allen Unkenrufen, aller Ideologie zum Trotz.

Bei Schwarz-Gelb schaut das schon anders aus, was die These relativiert, dass der Staat es kann. Er muss es auch wollen. Wenn er die Steuern für Hoteliers, Erben und Firmen senkt, schafft er kein Wachstum, schwächt aber seine Haushalte. Das führt dann zu Kürzungen, die das Wachstum schwächen. So setzt der Staat mutwillig eine Abwärtsspirale in Gang.

Nur ein starker Staat, ausgestattet mit klugen Beamten und ordentlichen Finanzen, kann die Folgen der Krise bewältigen. Die durch die Krise ausgelösten strukturellen Veränderungen der globalen Wirtschaft haben gerade erst begonnen. Noch immer sind die Banken zu fett, ist der Exportsektor hierzulande zu groß. Es werden noch viele Jobs verloren gehen. Das macht nichts, wenn der Staat sich seiner Rolle in der Wirtschaft bewusst ist. In Deutschland gehen im Schnitt jeden Tag knapp 10.000 Jobs verloren, es entstehen aber auch genauso viele neue. Abfedern, zeitlich strecken, umschulen, Innovationen fördern. So lauten die Aufgaben des Staates für 2010.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten die Erfolgsbilanz staatlicher Maßnahmen wie Kurzarbeit und Abwrackprämie sowie eine Bilanz des Krisenjahres in Zahlen.

Wundermittel Kurzarbeit



Damit haben selbst unverdrossene Optimisten nicht gerechnet: In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nur minimal gestiegen, in keinem anderen EU-Land war der Anstieg so gering wie hierzulande. Und das, obwohl die Wirtschaftsleistung besonders stark eingebrochen ist.

Das "Jobwunder" haben Staat, Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam vollbracht. Die schwarz-rote Bundesregierung hat schnell reagiert: Seit Anfang 2009 können Firmen bis zu zwei Jahre Kurzarbeit einführen, und die Bundesagentur übernimmt ab dem siebten Monat die Sozialbeiträge. Das Antikrisen-Instrument wurde ein Renner, im Mai gab es 1,5 Millionen Kurzarbeiter.

Um Beschäftigte zu halten, wurden zudem Arbeitszeitkonten geleert, Überstunden abgebaut und Tarifregeln genutzt, die kürzere Arbeitszeiten ermöglichen.

Alles zusammen führt dazu, dass Arbeitnehmer in diesem Jahr im Schnitt rund 50 Stunden weniger arbeiten als im Vorjahr, schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Rein rechnerisch seien dadurch rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden, sagt IAB-Volkswirt Eugen Spitznagel der FR. Etwa ein Drittel davon entfalle auf die Kurzarbeit. Das entspricht rund 400000 geretteten Arbeitsplätzen. Ein weiteres Drittel sei auf Instrumente wie Verkürzung der normalen Wochenarbeitszeit, das Vorziehen von Urlaubsansprüchen und mehr Teilzeit zurückzuführen; das letzte Drittel auf das Leeren von Arbeitszeitkonten und Überstundenabbau. (rt)

Hypo Real Estate verstaatlicht

Ein Aufschrei ging durchs Land. Enteignung tönte es, ja gar vom Sozialismus war die Rede, als der Staat versuchte, die kaputte Hypo Real Estate (HRE) zu retten. Dabei tat der Staat nur das, was er seinen Bürgern schuldig war: Nämlich das Geld der Steuerzahler nicht erpresserischen HRE-Aktionären hinterherzuwerfen, die wussten, dass der Staat zur Rettung keine Alternative hatte. Er musste ihnen mit Enteignung drohen. Was das mit Sozialismus zu tun hat, bleibt das Rätsel konservativer Meinungsmacher.

Das Problem war, dass eine solche Rettung in den Gesetzen nicht vorgesehen und deshalb die Stellung der Aktionäre zu stark war. Am Ende wurde die HRE als erste Privatbank Deutschlands komplett verstaatlicht. Das Prozedere war juristisch heikel und ist es immer noch. 1,30 Euro erhielten die bis zuletzt verbliebenen Aktionäre je

Soll der Staat in Konzerne einsteigen?

Deutschland debattiert darüber, ob der Staat sich an heimischen Großunternehmen beteiligen

Anteilschein und wähten sich enteignet.

Dagegen spricht, dass die HRE laut Wertgutachten beim Rauswurf der Eigner einen negativen Unternehmenswert aufwies und auf Jahre hinweg nur am Tropf des Staats künstlich am Leben erhalten werden kann. Außerdem war kein privater Aktionär bereit, auch nur einen Cent der Kapitalerhöhung zu stemmen. Streng juristisch gesehen wurden die Aktionäre zudem nicht enteignet, sondern auf Basis eines Sondergesetzes zwangsabgefunden.

Das ist auch im normalen Wirtschaftsleben möglich, wenn ein Großaktionär minimal 95 Prozent aller Anteilscheine besitzt. Im Fall der HRE wurde diese Schwelle auf 90 Prozent reduziert. Ob das rechtens war, wird von Gerichten geklärt, die dabei juristisches Neuland betreten.

Wie teuer die HRE-Rettung wird, ist noch offen. Bislang hat der Staat sechs Milliarden Euro Eigenkapital in die Bank gepumpt. Das reicht nicht. Weitere Finanzspritzen in Milliardenhöhe gelten als sicher. Experten bezweifeln, ob die Summen bei einer Reprivatisierung je wieder eingespielt werden können. Zudem bürgt der Staat für HRE-Gelder im Umfang von 98 Milliarden Euro. Auch die laufenden Klagen könnten der Staatskasse weitere Kosten bringen. Auf der Habenseite stehen 382 Millionen Euro, die die HRE bislang an Gebühren für die Staatsgarantien bezahlt hat. (tma)

Der Renner Abwrackprämie

Mit der "Umweltprämie" hat die Bundesregierung den wirtschaftspolitisch größten Treffer 2009 gelandet. Mitten in der tiefsten Krise, von der die Autoindustrie besonders hart getroffen wurde, sorgte die zunächst als Sündenfall geschmähte Prämie für eine Nachfragestimulation ungeahnten Ausmaßes. Hatten die Ökonomen anfangs noch prophezeit, der staatliche Kaufanreiz würde nicht wirken, mussten sie schließlich einsehen, dass das Gegenteil der Fall war.

Die Verbraucher saßen nicht weiter ängstlich auf ihrem Ersparten, sondern investierten plötzlich in neue Autos – und zwar ein Vielfaches der Prämie von 2500 Euro. Mit 3,8 Millionen erwarteten Neuzulassungen bescherte die Abwrackprämie der Autoindustrie die größte Nachfrage seit 1991/92, nach der Wende.

Der Abwrack-Boom half dabei, das tiefste Krisental bis zum Wiederanspringen der Konjunktur zu überbrücken. Während die Autoproduktion im Februar gegenüber dem Vorjahr um rund 44 Prozent auf rund 300000 Fahrzeuge geschrumpft war, liegt sie inzwischen wieder bei knapp einer halben Million Autos.

Die Befürchtung, es könnten in erster Linie ausländische Produzenten vom staatlichen Bonus profitieren, bewahrheitete sich nicht. Auch die Kritik an der fehlenden ökologischen Komponente erwies sich als voreilig: Einer Studie zufolge stoßen die geförderten Pkw deutlich weniger Schadstoffe aus als ihre verschrotteten Vorgänger und verbrauchen rund 20 Prozent weniger Sprit. Im kommenden Jahr wird die private Auto-Nachfrage zwar nachlassen.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) geht trotzdem davon aus, dass die Autoproduktion nur moderat zurückgehen wird. Zuversichtlich stimmen VDA-Präsident Matthias Wissmann der stabile Export und weltweit leergeäumte Lager. Nicht zuletzt wegen der etwas optimistischeren Prognosen der Konjunkturforscher geht Wissmann davon aus, dass bei den Verkaufszahlen 2010 ein leichtes Plus gegenüber diesem Jahr drin sein wird.

In der Branche wird die Hoffnung gehegt, dass sich die Nachfrage bei Premium-Herstellern, die nicht von der Prämie profitierten, beleben wird: Firmen, die sich in der Krise mit Neuanschaffungen zurückhielten, könnten ihre Flotte nun wieder aufstocken. Das würde den Einbruch im privaten Geschäft abfedern. (jma)

Opel vor der Insolvenz gerettet

soll. Was meinen Sie?

- Ja, wenn sich Konzerne nicht anders retten lassen.
- Nein, der Staat hat grundsätzlich nichts in der Privatwirtschaft zu suchen.
- Weiß nicht.

abstimmen

Ergebnisse

Schicksalstag für die Opelaner: 30. Mai 2009. Der deutsche Staat hilft dem angeschlagenen Unternehmen. Die Muttergesellschaft General Motors (GM), die Bundesregierung, die Länder, der Investor Magna und das US-Finanzministerium einigen sich auf ein Rettungskonzept. Das Unternehmen erhält einen Überbrückungskredit in Höhe von 1,5 Milliarden Euro.

Ohne diese schnelle Hilfe wäre das Unternehmen pleitegegangen. Auf dem Spiel stehen etwa 25.000 Beschäftigte allein in Deutschland und inklusive der Schwester Vauxhall fast doppelt so viele in Europa – die Zulieferer sind da noch gar nicht mitgezählt. Es war knapp, denn am 1. Juni beantragt GM Gläubigerschutz in den USA. Opel wäre unweigerlich in den Strudel dieser Insolvenz nach amerikanischem Recht geraten, weil es eng mit GM verwoben ist.

Das globale Entwicklungszentrum in Rüsselsheim hätten sich nach einer Insolvenz Finanzinvestoren oder andere Schnäppchenjäger wohl herausgepickt und später meistbietend irgendwohin weiterverkauft. Denn es ist werthaltig. Um technologische Kompetenz in Deutschland zu behalten, ist die Staatshilfe durchaus berechtigt. Aber sie ist politisch heftig umstritten. Kanzlerin Angela Merkel setzt sich jedoch durch.

Die Opelaner jubeln – zu früh. Die Hilfe hat einen riesigen Webfehler. Statt dass sich der Staat vorübergehend direkt an Opel beteiligt, wird eine Treuhandgesellschaft für Opel gegründet. Bund und Länder sind daran zu 65 Prozent beteiligt, GM zu 35 Prozent. Einfluss wie bei einem direkten Eigentümer ist damit nicht verbunden. Die Treuhandlösung wird zum Bumerang, nachdem GM schon nach 40 Tagen den Gläubigerschutz verlässt. Das Unternehmen erhält gut 50 Milliarden Dollar Hilfe vom US-Staat, der sich mehrheitlich an GM beteiligt.

4. November 2009: GM beschließt, Opel zu behalten. Kanzlerin Merkel fühlt sich an der Nase herumgeführt. 20 Tage später zahlt GM die letzte Rate des Staatskredits, der nie ausgereizt wurde, zurück. Bei der hohen, rund zehn prozentigen Verzinsung streicht der Staat etwa 25 Millionen Euro als Ertrag ein. Die Treuhand wird aufgelöst. Seitdem ist GM in Europa auf Tournee, um wieder Staatshilfe einzusammeln. Ausgang ungewiss. (cri)

Das Krisenjahr in Zahlen

Die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat Deutschland bis zum Frühjahr in einen Schockzustand versetzt. Das Bruttoinlandsprodukt werde 2009 abstürzen, befürchteten Experten – die Prognosen reichten bis zu einem Einbruch von sieben Prozent.

Dank einer beispiellosen Aufholjagd dürfte das Minus "nur" rund fünf Prozent betragen. Der Staat hat mit Konjunkturpaketen dafür gesorgt, dass es nicht noch schlimmer kam. Die Kehrseite: Die staatliche Neuverschuldung dürfte 2009 mehr als 70 Milliarden Euro erreichen.

Die Europäische Zentralbank hat die Konjunktur ebenfalls gestützt. Der Leitzins ist mit einem Prozent auf Rekordtief.

Der Arbeitsmarkt überraschte positiv. Zum Glück irrten Experten, die mit vier Millionen Menschen ohne Job am Jahresende rechneten. Im November wurden amtlich gut 3,2 Millionen Arbeitslose gezählt. Das sind "nur" 227.000 mehr als vor Jahresfrist. Das "kleine Jobwunder" trug dazu bei, dass der private Konsum nicht einbrach.

Die Exporte von Waren fielen dagegen stark. In den ersten zehn Monaten sank ihr Wert im Jahresvergleich um gut 20 Prozent auf 661 Milliarden Euro.

Das Verbraucherpreisniveau stagnierte oder sank monatelang. Im November war die Jahresinflationsrate mit 0,4 Prozent erstmals wieder positiv. (sch)

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 23.12.2009 um 16:44:42 Uhr

Letzte Änderung am 23.12.2009 um 17:06:14 Uhr

Erscheinungsdatum 23.12.2009

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=2163229&em_loc=31